

Offener Sozialpolitischer Parteitag

SOZIALPOLITISCHE

LEITLINIEN

CDU Stadtverbandes Marl
17. Oktober 2017 | Marl



CDU Marl

Präambel

Marl ist eine 86.000 zählende Einwohnerstadt im nördlichen Ruhrgebiet. Geprägt durch den Aufstieg und Fall des deutschen Steinkohlebergbaus gehört Marl heute zu den Städten mit dem höchsten Armutsrisiko und Arbeitslosigkeit. Diese liegt mittlerweile bei mehr als dem doppelten des Bundesdurchschnitts (Stand 01.10.2017: Marl = 11,7 %, Bund = 5,5 %). Der Großteil der Arbeitslosen ist länger als ein Jahr ohne Arbeit, der seit 2005 anhaltende Wirtschaftsaufschwung in Deutschland geht an den Marler Arbeitslosen vorbei.

Marl ist aber auch eine Stadt mit einem hohen Migrationsanteil. Über 20 Prozent der in Marl lebenden Menschen sind Nichtdeutsche oder Deutsche mit einer zweiten Staatsangehörigkeit. Viele der Menschen mit Migrationshintergrund sind gut integriert, jedoch nicht alle. Der im Herbst 2015 stattgefundenen Flüchtlingsstrom hat die Stadt vor enorme Herausforderungen gestellt und tut dies noch immer. Ohne das außerordentliche ehrenamtliche Engagement der Flüchtlingshelfer hätte Marl einen "Kollaps" erlitten. Nun braucht es nach der Willkommenskultur, eine Willkommensstruktur.

Die langanhaltende Niedrigzinsphase der EZB hat zu einem Bauboom in ganz Deutschland geführt. Steigende Baukosten und Mieten sind hierdurch die Folge. Damit Wohnen auch noch in Marl länger bezahlbar bleibt, braucht es ein Engagement seitens der Stadt Marl, dem Land NRW und der Bundesrepublik Deutschland.

Diese drei Themenblöcke "Flüchtlinge und Integration", "Bezahlbarer Wohnraum" und "Sozialer Arbeitsmarkt" sind nur ein kleiner Ausschnitt der Probleme, die in Marl von der Gesellschaft, von Politik, der Verwaltung und der Wirtschaft zu lösen sind.



Flüchtlinge & Integration

Ausgangslage

Drei Stufen der Integration

Der Integrationsprozess von Flüchtlingszuwanderern umfasst drei große Bereiche: Unterbringung und Versorgung, gesellschaftliche Teilhabe und Ausbildung und Arbeit.



Stufe 1

Seit Herbst 2015 und dem großen Ansturm von Flüchtlingen aus Kriegsgebieten, sind mittlerweile zwei Jahre vergangen. Die erste Stufe der Integration, die Versorgung mit Wohnraum, gesundheitliche Untersuchungen und Betreuung durch Flüchtlingshelfer, wurde in Marl gut gemeistert.

In diesem Rahmen konnten bereits die Sammelunterkünfte im Röttgershof, an der Wiener Straße und dem Lipper Weg leer gezogen werden. Der Standort Halterner Straße soll an die neuma zurückgegeben werden und auch die geleasteten Container am Hellweg werden nach Ablauf des Leasingvertrags (2 Jahre) aufgegeben.

Das bedeutet für Marl, dass bereits 90 % der Geflüchteten in Wohnungen untergebracht werden konnten.

Stufe 2

Die Integration der Flüchtlinge in die gesellschaftliche Teilhabe ist derzeit im laufenden Prozess. Geflüchtete Kinder wurden eingeschult und erlernen neben dem Schulstoff die deutsche Sprache.

Die erwachsenen Migranten nehmen an Sprach- und Integrationskursen teil. Allerdings ist es aktuell in Marl so, dass über 140 Migranten mehr als sechs Monate auf die Kurse warten müssen. Die Sprachförderung ist für die Geflüchteten verpflichtend, sobald sie einen Aufenthaltsstatus erlangt haben.

Stufe 3

Neben den Sprach- und Integrationskursen steht in der dritten Stufe die Integration in den Arbeitsmarkt an. Das bedeutet für den Sozialstaat, dass die staatliche Unterstützung gegebenenfalls Schritt für Schritt zurückgefahren werden kann. Dieser Prozess kann nur mit einer begleitenden Sozialarbeit, auch für Kunden des Jobcenters, funktionieren.

Integration von Frauen

Eine besondere Problematik besteht bei der Integration von Frauen. Aufgrund mangelnder zeitlicher Flexibilität, bedingt durch die familiären Aufgaben, insbesondere durch Kindererziehung, ist die Teilnahme an einem regulären Integrationskurs kaum möglich.

Verschärft wird diese Situation dadurch, dass sie wenig bis gar keine Unterstützung bei dem Besuch eines Integrationskurses aus der Familie erfahren.

Die Abbruchquote eines Sprach- oder Integrationskurses ist bei Frauen im Vergleich zu Männern oder Kindern wesentlich höher. Begründet liegt dies unter anderen in der häuslichen Belastung oder auch Schwangerschaften und dem zeitlichen Mangel den Unterrichtsstoff zu wiederholen und zu vertiefen.

Allerdings spielen Frauen als Mütter und Ehefrauen eine wichtige Multiplikatorenrolle für ihre Familien. In der Regel tragen sie die Hauptverantwortung für die Erziehung und die Schulausbildung der Kinder. Die im Integrationskurs erworbenen Kenntnisse und Fertigkeiten werden durch sie direkt in die Familien hineingetragen. Auf diese Weise können Frauen nicht nur zu ihrem eigenen Integrationsprozess, sondern auch zu dem ihrer Kinder und anderer Angehöriger erheblich beitragen.

Forderungen

Aufgrund der dargelegten Ausgangslage strebt die CDU Marl folgende Punkte zur Verbesserung der Flüchtlings- und Integrationsarbeit an:

- Erstellung eines Konzepts zur Betreuung und Integration.
- Strukturierung der Betreuungsarbeit hin zu einem „Point-of-meeting“-Konzept.

Begründung:

Die aktuelle Wohnsituation der Flüchtlinge ist auf viele einzelne Standorte (Wohnungen) in Marl verteilt. Die Betreuungsarbeit erfordert somit ein häufiges Wechseln des Standortes.

Bei dem „Point-of-meeting“-Konzept sollen die Sozialarbeiter die Betreuungsmaßnahmen an den Standorten vornehmen, an denen eine Vielzahl von Migranten anzutreffen sind, das bedeutet beispielsweise an den Standorten der Integrations- und Sprachkurse.

- Einrichtung einer zentralen Koordinierungsstelle.
- Einrichtung einer Beratungsstelle zur Unterstützung bei Behördengängen, Verfahrensproblemen, Antragsstellungen, Ausbildungen und weiteren bürokratischen Themen.
- Stärkung der Kooperation zwischen den städtischen Sozialarbeitern und den Mitarbeitern der Wohlfahrtsverbände.
- Entwicklung einer sozialräumlichen Betreuung über die Stadtteilbüros.
- Entwicklung eines Konzepts zum Vorgehen mit Geflüchteten aus Herkunftsländern ohne Bleibeperspektive und ohne Abschiebeperspektive.
- Einrichtung einer ausländerrechtlichen Verfahrensberatung.
- Einrichtung von Frauenintegrationskursen.

Begründung:

Mit einem Integrationskurs, speziell ausgerichtet auf Frauen, kann diesem Personenkreis ein Angebot gegeben werden, welches sich insbesondere den besonderen Gegebenheiten anpasst.

- Die Stelle des Integrationsbeauftragten muss besetzt werden. Diese muss auch extern ausgeschrieben werden und mehr als eine halbe Stelle umfassen.
- Der Kindergarten- und Schulentwicklungsplan muss überarbeitet werden.

Begründung:

Es besteht ein höherer Bedarf an Plätzen bei den Kindergärten und Schulen.

- Herstellung einer besseren Betreuung der ehrenamtlichen Flüchtlingshelfer.

Begründung:

Es herrscht ein großer Unmut über die fehlende Beantwortung der Fragen der Flüchtlingshelfer.

- Die allgemeine Sprachförderung muss durch das Jobcenter gefördert werden.



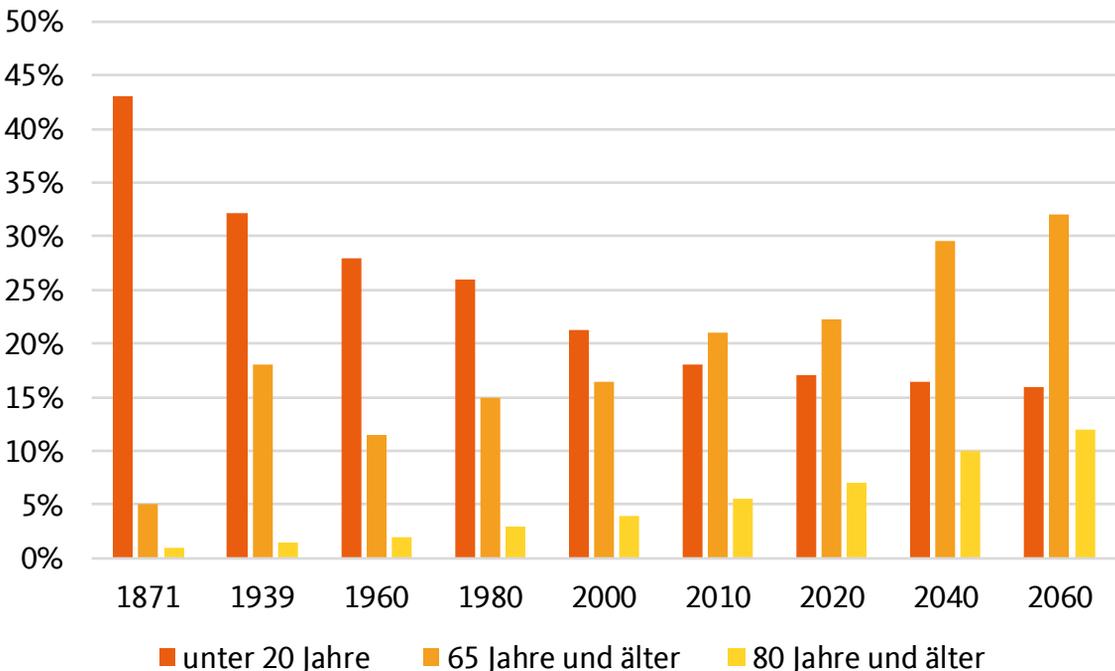
Bezahlbarer Wohnraum

Ausgangslage

Demografie

Der demografische Wandel ist eine der größten Herausforderungen für unsere Gesellschaft.

Der Anteil älterer Menschen steigt kontinuierlich. Experten gehen davon aus, dass Mädchen, die heute geboren werden, gute Aussichten darauf haben, 100 Jahre alt zu werden.



Datenquelle: Statistisches Bundesamt

Diese Entwicklung hat Auswirkungen auf jeden Einzelnen – auf Junge wie Alte, Arbeitnehmer wie Arbeitgeber. Sie betrifft viele wirtschaftlich schwächere und periphere Regionen, aber auch strukturschwache Städte. Einige wirtschaftlich starke Regionen und insbesondere die Zentren profitieren dagegen von Zuwanderung, auch aus dem Ausland. Sowohl wachsende als auch schrumpfende Regionen stehen dabei vor der Herausforderung, ihre sozialen und technischen Infrastrukturen sowie den Wohnungsmarkt an die Veränderungen der Bevölkerung anzupassen.

Wohnraum

Die Versorgung mit angemessenem Wohnraum stellt ein elementares Grundbedürfnis jedes Menschen dar.

Eine Unterversorgung mit qualitativ akzeptablem Wohnraum ist eine Erscheinungsform von Armut und stellt eine Einschränkung des täglichen Lebens und der gesellschaftlichen Teilhabe dar. In armutsgefährdeten Haushalten ist der Zustand der Wohnungen in deutlich höherem Maße von Einschränkungen betroffen: feuchte Wohnungen, Lärmbelastung, Umweltbelastung sowie Bedrohungen durch Kriminalität im Wohnquartier.

Als bezahlbarer Wohnraum in Deutschland, wird eine Miete definiert, die maximal ein Drittel des Gesamteinkommens eines Haushaltes umfasst. Allerdings gibt es hierfür keine allgemein gültige Definition.

In Deutschland müssen rund vier von zehn Haushalten monatlich mindestens 30 Prozent ihres Einkommens für Mieten aufbringen. 17 Prozent geben mehr als 40 Prozent ihrer Einkünfte aus. 2015 lag der durchschnittliche Anteil eines Haushaltes für Mieten bei 27 %, bei armutsgefährdeten Menschen bei 51 %.

Ausgangslage in Marl

In Marl herrscht derzeit ein eklatanter Mangel an bezahlbaren Single-Wohnungen (< 50 qm). Aufgrund prekärer persönlicher Lagen herrscht bei vielen Menschen ein hoher Unterstützungsgrad bei wohnungsbezogenen Problemen. Meistens liegen mehrfach Einschränkungen beim Zugang zum Wohnungsmarkt vor:

- Schufa-Einträge
- Arbeitslosigkeit
- Altersarmut
- Junge Menschen ohne Ausbildung und/oder Schulabschluss

Ein häufiger Wechsel der Vermieter und Wohnungsgesellschaften aufgrund von Ökonomisierung und Privatisierung erschwert den Übergang in ein geregeltes Mietverhältnis.

Die überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit in Marl mit 11,7 % (im Vergleich: bundesweit mit 5,5 %, landesweit mit 7,3 % und im Kreis Recklinghausen mit 10,2 %) und die hiervon ebenso eklatant hohe Quote von Langzeitarbeitslosen mit 59 % (im Vergleich: Kreis Recklinghausen mit 53,5 %), führt zu einer deutlichen Einschränkung bei der Wohnungssuche, die der Angemessenheitsgrenze nach Maßgaben des SGB II und SGB XII entspricht.

Forderungen

Aufgrund der dargelegten Ausgangslage strebt die CDU Marl folgende Punkte zur Verbesserung des bezahlbaren Wohnraums an:

- Schaffung einer ausreichenden Anzahl von Seniorenheimplätzen im gesamten Stadtgebiet.
Begründung:
Damit das soziale Umfeld erhalten bleiben kann, ist es notwendig, in den gewohnten Umgebungen von Senioren die Wohnheimplätze zu schaffen.
- Schaffung der Voraussetzungen, für ein möglichst langes selbstbestimmtes Leben.
- Bildung neuer Quartiere mit sozial-gemischten Wohnbeständen.
Zu berücksichtigen ist:
 - Entwicklung alternativer Wohnformen
 - Generationsübergreifende Planungen
 - Herstellung der notwendigen Infrastruktur
- Aufstellung neuer Bebauungspläne erfolgt unter dem Aspekt des barrierefreien Wohnens.
- Beantragung zielgruppenadäquater Wohnraumförderung.
- Umbau von vorhandenem Wohnraum in barrierefreien oder barrierearmen Wohnraum.
- Die Planung berücksichtigt bei dem Bau möglicher weiterer Pflegeheime die unterversorgten Stadtteile (Marl-Nord und Sinsen).
- Die Planungen berücksichtigen die notwendige Versorgungsstruktur einer altengerechten Quartiersentwicklung und die Sicherung eines würdevollen, inklusiven und selbstbestimmten Lebens.
- Zielgruppenspezifische Angebotsformen
- Ambulant vor stationär
- Forderung nach öffentlichen Zuschüssen, da die Zinsen am Kapitalmarkt auf ähnlichem Niveau sind, wie die Zinsen einer öffentlichen Förderung.
- Schaffung von Wohnraum um das Zentrum und den öffentlichen Strukturen herum.

Sozialer Arbeitsmarkt

Ausgangslage

Die Gesamtzahl der Arbeitslosen in Deutschland ist mit knapp unter 2,5 Mio. so niedrig wie seit der Wiedervereinigung im Jahre 1990 nicht mehr. Aufgrund des anhaltend guten Wirtschaftswachstums können mehr Menschen in Arbeit gebracht werden denn je. Allerdings haben es viele der Langzeitarbeitslosen (Menschen, die länger als 1 Jahr arbeitslos gemeldet sind) weiterhin schwer, im ersten Arbeitsmarkt Arbeit zu bekommen. Das hat zur Folge, dass Langzeitarbeitslose und deren Bedarfsgemeinschaften dauerhaft auf die Leistungen der Grundsicherung angewiesen sind.

Besonders betroffen von einer hohen Zahl Langzeitarbeitsuchenden in NRW, ist der nördliche Teil des Ruhrgebiets. Gemäß einer Statistik über die Empfängerquoten der Grundsicherung für Arbeitsuchende in NRW liegt der Kreis Recklinghausen hinter Gelsenkirchen (25%), Herne (19,6%) und Oberhausen (17,2%) mit 15,7% auf dem viertschlechtesten Platz.¹

Insgesamt waren im September 2017 im Kreis Recklinghausen 32.943 Menschen arbeitslos. Davon waren 26.125 Menschen nach zweitem Sozialgesetzbuch mindestens 1 Jahr arbeitslos². Aufstocker sind bei dieser Betrachtung nicht berücksichtigt, dürfen beim "Sozialen Arbeitsmarkt" jedoch nicht außer Acht gelassen werden.

Die Ursachen für die Probleme eines Einstiegs/ Rückkehr aus der Langzeitarbeitslosigkeit in den Arbeitsmarkt, können vielfältig sein:

- kein Schulabschluss
- kein Ausbildungsabschluss
- schwere gesundheitliche Einschränkungen
- mangelnde Sprachkenntnisse
- Langzeitarbeitslosigkeit
- hohes Alter
- Zuwanderung
- Frauen mit kleinen Kindern
- Menschen, die einen Angehörigen mehr als 10 Stunden in der Woche pflegen.

Im „Vestischen Appell“ für einen „Sozialen Arbeitsmarkt“ im nördlichen Ruhrgebiet, hat der DGB Region Emscher-Lippe³, der evangelische Kirchenkreis Recklinghausen und das katholische Kreisdekanat Recklinghausen die Bundes- und Landesregierung in NRW aufgefordert, einen „Sozialen Arbeitsmarkt“ für dauerhaft nicht vermittelbare, aber erwerbsfähige Menschen aufzubauen. Bundes- und Landesregierung wurden gebeten, die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen und im Interesse der Menschen zusätzliche und sozial ausgerichtete Arbeitsplätze zu schaffen, die öffentlich gefördert werden.

Im Juni 2017 hat der DGB NRW und die Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe die neue nordrhein-westfälische Landesregierung aufgefordert, den öffentlich geförderten, „Sozialen Arbeitsmarkt“ landesweit auszubauen. „Ziel ist es, Langzeitarbeitslose über die Integration in einen „Sozialen Arbeitsmarkt“ die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben zu ermöglichen. Darüber hinaus soll ein berufsbegleitendes Coaching und eine individuelle Qualifizierung mit

¹ Quelle: Bundesagentur für Arbeit, 02/2017

² Quelle Bundesagentur für Arbeit

³ Deutscher Gewerkschaftsbund Region Emscher-Lippe



der Perspektive zur Aufnahme einer regulären Beschäftigung auf dem Arbeitsmarkt eröffnet werden. Der „Soziale Arbeitsmarkt“ stellt damit zwar neben dem allgemeinen Arbeitsmarkt einen zunächst eigenen, parallelen Beschäftigungssektor dar, steht aber nicht isoliert neben diesem, sondern nimmt eine Brückenfunktion ein“ („Vestischer Appell“ S. 2-3).

Definitionen

Erster Arbeitsmarkt

Bezeichnung für den „normalen“ Arbeitsmarkt, auf dem Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse bestehen, die im Unterschied zum zweiten Arbeitsmarkt ohne Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik zustande gekommen sind.

Sozialer Arbeitsmarkt

- Dauerhafte Beschäftigungsmöglichkeit für Langzeitarbeitslose mit besonderen Vermittlungshemmnissen.
- Erkenntnis in der beschäftigungspolitischen Debatte: Das Ziel einer Integration in den ersten Arbeitsmarkt über zeitlich befristete Maßnahmen, ist bei einem Teil der ALG-II-Bezieher aufgrund verfestigter multipler Vermittlungshemmnisse nicht möglich und würde dann auch verfehlen.
- Stattdessen: Schaffung einer dauerhaften öffentlich geförderten Perspektive.
 - Dauerhaft = nicht von vornherein befristete öffentlich geförderte Beschäftigung
- WICHTIG: ein Übergang aus dem „dritten“ Arbeitsmarkt in Fördermaßnahmen, die auf die Integration in eine reguläre Beschäftigung abzielen, bleibt weiterhin gegeben.
- Alternative Begriffe: „dritter Arbeitsmarkt“, Alternative Beschäftigungsformen, Job-Perspektive, Ehrlicher zweiter Arbeitsmarkt oder Integrationsarbeitsmarkt.

Forderungen

Aufgrund der dargelegten Ausgangslage strebt die CDU Marl folgende Punkte zur Verbesserung des Sozialen Arbeitsmarktes an:

- Beziehen der Grundsicherung muss der Einstieg/ die Rückkehr in den ersten Arbeitsmarkt über einen „Sozialen Arbeitsmarkt“ ermöglicht werden.
Begründung:
Der soziale Arbeitsmarkt und der damit einhergehende Einstieg/Rückkehr in den ersten Arbeitsmarkt bietet eine sinnstiftende und wertvolle Arbeit, die die Möglichkeit gibt, sich in die Gesellschaft als vollwertiges, eigenständiges Mitglied einzubringen und teilzuhaben.
- Einrichtung von Beschäftigungsperspektiven für Langzeitarbeitslose mit Hilfe des langfristigen Einsatzes öffentlicher Fördermittel.
Als Einsatzbereiche kommen in Betracht:
 - Stadtteilhelferinnen, Dienstleistungen für Unternehmen der Wohnungswirtschaft
 - Angebote in Jugend- und Senioreneinrichtungen
 - Angebote für Schulen in Ganztagsangeboten
 - Tätigkeiten in Vereinen, Kirchen, Verbänden, Selbsthilfeorganisationen zur Unterstützung ehrenamtlicher Arbeit
 - Umweltschutz- und Naturpflegearbeiten
 - Integrationsunternehmen
- Aufnahme von Arbeitsgelegenheiten mit Qualifizierung in das Programm zur Förderung von Langzeitarbeitslosen.
- Es werden zu viele Programme ausgetestet. Stattdessen wird eine stabile Finanzierung von wenigen, aber effizienten Programmen gefordert.
- Qualifikation und Förderung älterer Langzeitarbeitsloser (über 50 Jahre) für den Einsatz am ersten Arbeitsmarkt.
- Job-Coaches, die die Arbeitgeber und Arbeitnehmer dauerhaft begleiten und beraten bei dem Übergang in den ersten Arbeitsmarkt.
- Bei Rückfall aus dem ersten Arbeitsmarkt, muss eine erneute Aufnahme in den „Sozialen Arbeitsmarkt“ möglich sein, damit das Risiko einer erneuten Langzeitarbeitslosigkeit vermieden wird.

CDU Stadtverband Marl

Lipper Weg 78

45770 Marl

Telefon 02365 / 43806

Telefax 02365 / 43809

www.cdu-marl.de

info@cdu-marl.de

facebook.com/cdumarl



CDU Marl